



Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 02.02.2024

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

in dieser Woche übernimmt das Team Dr. Pantazis den Newsletter. Wie manche von Euch bereits wissen, hat Kitto in der vergangenen Woche seinen Vater verloren. Er tritt in dieser schweren Zeit persönlich etwas zurück, um sich seiner Familie zu widmen. Kitto ist sehr dankbar, dass sein Vater noch seine Enkelkinder kennenlernen konnte.

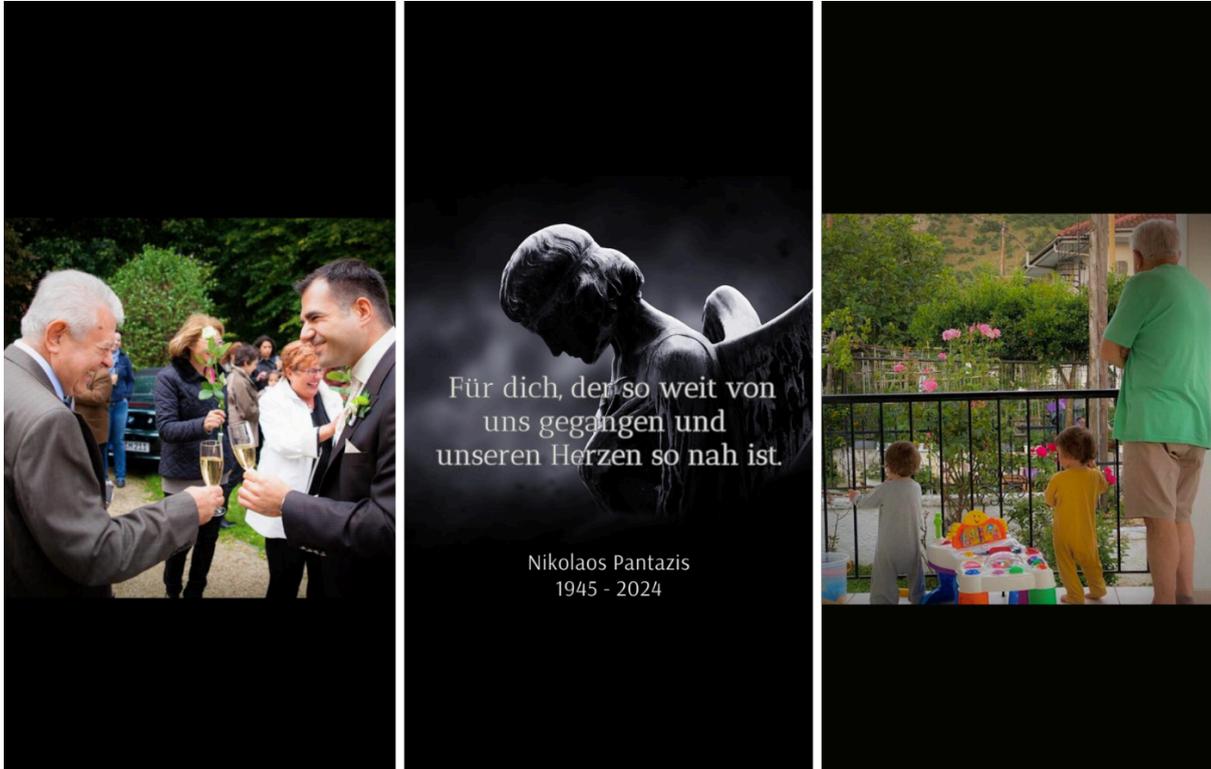
Es ist für uns alle eine Zeit der Trauer und Besinnung, und wir möchten an dieser Stelle abermals unser tiefstes Mitgefühl ausdrücken.

Trotz der traurigen Umstände möchten wir Euch weiterhin über die Geschehnisse im Deutschen Bundestag auf dem Laufenden halten. In dieser Haushaltswoche

standen wichtige Entscheidungen an, und Kitto hat uns gebeten, Euch auch in dieser Woche zu informieren.

Eurer

Team Dr. Pantazis



Einladung: Offene Bürgersprechstunde zum Thema AfD-Verbot - Ja oder Nein?

In der kommenden Woche möchten wir Euch auf eine wichtige Veranstaltung hinweisen:

Was können wir tun, um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen?

Am Mittwoch, den 7. Februar, findet in der Schloßstraße 8, 3. Etage, in Braunschweig eine offene Bürgersprechstunde zum Thema AfD-Verbotsverfahren und Verwirkung der Grundrechte durch Artikel 18 GG statt.

Kitto setzt sich für die Prüfung eines Parteiverbotsverfahrens der AfD ein, insbesondere für die Landesverbände, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft sind. Ihm ist bewusst, dass ein Parteiverbot ein langjähriges Verfahren impliziert und weitreichende politische Folgen mit sich bringt. Er möchte deshalb mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt

Braunschweig ins Gespräch kommen, um über das Für und Wider eines Parteiverbotsverfahrens zu sprechen. Dieses Thema ist für viele Menschen ein hochemotionales Thema, deswegen bittet wir alle Bürgerinnen und Bürger, die an dieser Veranstaltung teilnehmen, respektvoll, sachlich und konstruktiv miteinander ins Gespräch zu kommen.

Der Eintritt ist frei, es wird um eine vorherige Anmeldung bis **Dienstag, 6. Februar**, per E-Mail an christos.pantazis.wk@bundestag.de gebeten.

Pantazis.
Politisch.
Persönlich.

Bürgersprechstunde

Thema: AfD-Verbot: Ja oder Nein?

**Mittwoch,
7. Februar, um 17 Uhr**

*Schloßstraße 8, 3. Etage,
38100 Braunschweig*


DR. CHRISTOS PANTAZIS, MdB
IHR ABGEORDNETER FÜR BRAUNSCHWEIG



Bericht aus dem Bundestag

Höhepunkt der Woche | Holocaust Gedenkstunde

Vor 79 Jahren - am 27. Januar 1945 - wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit. Die dort und in den vielen anderen Konzentrationslagern stattgefundenene industrielle Vernichtung von Menschen ist ein historisch beispielloses Verbrechen

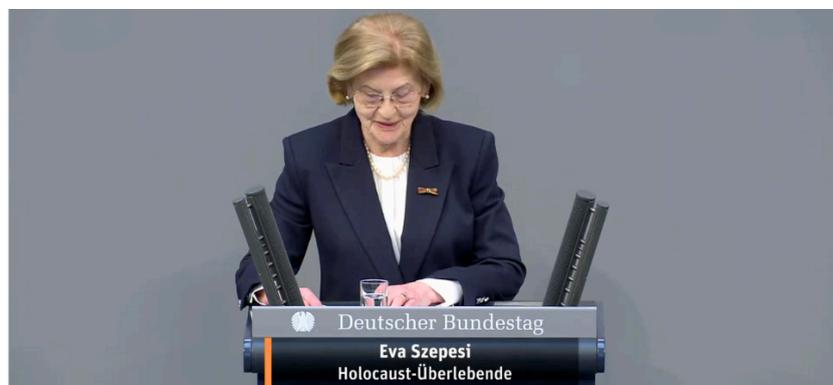
gegen die Menschlichkeit. Am Mittwoch fand dazu im Bundestag eine Gedenkstunde statt.

Während der Gedenkfeier kamen verschiedene Generationen zusammen. Die Zeitzeugin und Holocaust-Überlebende **Eva Szepesi** und der Sportjournalist **Marcel Reif**, der 1949 in Polen geboren wurde und Sohn eines Holocaust-Überlebenden ist, fungierten als Vertreter der sogenannten **ersten und zweiten Generation** und hielten die Gedenkreden.

“**Wer schweigt, mache sich mitschuldig.**” Mit diesen Worten rief Eva Szepesi angesichts der jüngsten Zunahme judenfeindlicher Vorfälle in Deutschland dazu auf, sich verstärkt im **Kampf gegen Antisemitismus und Menschenhass** zu engagieren. “**Sei ein Mensch**” gab uns Marcel Reif als Leitsatz seines Vaters im Gedenken an den Holocaust mit auf dem Weg.

Während der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag für die Opfer des Nationalsozialismus hielten beide nachdrückliche Plädoyers gegen das **Vergessen** sowie für mehr **Menschlichkeit** und **Empathie**. Dabei mahnten sie:

“**Die Shoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit Worten. Sie begann mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft.**”



Zwischen Normalität und Herausforderungen - Bundeshaushalt 2024

Der Bundestag blickt auf eine intensive Haushaltswoche zurück. Dabei waren die Beratungen zum Bundeshaushalt 2024 aus verschiedenen Gründen anspruchsvoll und herausfordernd wie lange nicht mehr. Nachdem wir in den letzten drei Jahren mit hohen Ausgaben Krisen abgefedert haben, galt es zu „haushälterischen Normalzeiten“ zuzurückzukehren. Dies war für alle Bereiche eine Herausforderung.

Die Rahmendaten des Bundeshaushalts 2024

2024 sind nun Ausgaben des Bundes in Höhe von 476,81 Milliarden Euro vorgesehen, das sind 3,4 Prozent mehr als 2023. Die Neuverschuldung liegt bei 39,03 Milliarden Euro. Damit halten wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes ein. Auf der Einnahmenseite wird mit Steuereinnahmen von 377,61 Milliarden Euro und 60,17 Milliarden Euro sonstigen Einnahmen gerechnet, dazu gehören zum Beispiel die Entnahme aus der Rücklage und Einnahmen aus dem Windenergie-auf-See-Gesetz.



Haushaltsschwerpunkt

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Unsere Gesellschaft braucht **Zusammenhalt**. Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund wachsender antisemitischer Gewalt braucht es mehr **politische Bildung, Präventionsarbeit und Aufklärung**. Dies gilt gerade auch im digitalen Raum. Nur so kann **Hass und Hetze, Falschinformationen und Verfassungsfeinden** getrotzt werden.

Die intensiven Beratungen führten zu einer **Erhöhung der Mittel** für die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) um 20 Millionen Euro. Dies umfasst 6,1 Millionen Euro für den Ausbau digitaler politischer Bildung. Zusätzliche Mittel in Höhe von 4,2 Millionen Euro sind für **Extremismusprävention** und Maßnahmen gegen **Gewalt** und **Ausgrenzung** vorgesehen. Vier Millionen Euro gehen an externe Träger der politischen Bildung.

Erfreulicherweise wurden massive Kürzungen bei **Freiwilligendiensten** und dem **Bundesfreiwilligendienst** verhindert, stattdessen werden 80 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Dies signalisiert Anerkennung für die Freiwilligen und stärkt **soziale Einrichtungen** im ganzen Land.

Jugendaustausche, der internationale Freiwilligendienst der **UNESCO** und das Jugendprojekt **PEACE-LINE** werden ebenfalls fortgeführt.



Für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Haushaltsschwerpunkt

Für soziale Sicherheit

Die Stabilität unserer Sozialsysteme ist grundlegend für unsere **Demokratie**. In unserem Bestreben, den Sozialstaat zu stärken, blieb eine **Kürzung im Sozialetat** für uns keine Option. Wir setzen uns weiterhin für **stabile Renten** ein und haben bereits ein Jahr früher als erwartet die **Rentenangleichung Ost/West** erreicht. Aufgrund positiver Entwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung kann der **Bundeszuschuss** von 2024 bis 2027 um jeweils 1,2 Milliarden Euro gesenkt werden, ohne die finanzielle Stabilität zu gefährden.

Die **Erhöhung des BAföG** um 150 Millionen Euro ist verbunden mit dem Auftrag, bis Wintersemester 2024/25 eine strukturelle Reform umzusetzen. Ziel ist eine bessere Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Studierenden.

Wir haben die größte **Wohngeldreform** in der Geschichte umgesetzt, um Menschen in schwierigen Zeiten bei den Wohnkosten zu unterstützen. Der Bund stellt **2,42 Milliarden Euro** für Wohngeld und Heizkostenzuschuss in 2024 zur Verfügung.



Haushaltsschwerpunkt

Familien fördern, Jugendliche unterstützen

Wir haben das Elterngeld reformiert und schärfen es so als **gleichstellungspolitisches Instrument**. Wir stärken dadurch die Verantwortung von Vätern für die Care-Arbeit. Ab dem 1. April 2024 kann maximal für einen Monat gemeinsam **Basiselterngeld** bezogen werden. Die ursprünglich geplanten Kürzungen beim Elterngeld kommen so nicht. Für Kinder, die ab dem 1. April 2024 geboren werden, sinkt die **Einkommensgrenze für Paare und für Alleinerziehende** auf 200.000 Euro zu versteuerndem Einkommen. In einem zweiten Schritt senken wir diese Grenze ab dem 1. April 2025 auf 175.000 Euro ab. Für Planungs- und Umsetzungskosten für die Einführung der sozialpolitisch zentralen **Kindergrundsicherung** stellen wir 100 Millionen Euro bereit.

Für den **Kinderzuschlag**, den wir als Zwischenschritt zu einer armutsfesten Kindergrundsicherung zum 1. Januar 2023 auf bis zu 250 Euro pro Kind erhöht haben, stellen wir 2024 insgesamt fast 2,3 Milliarden Euro bereit. Die Mittel für das wichtigste Förderinstrument der Jugendpolitik des Bundes, den **Kinder- und Jugendplan (KJP)**, steigen um 4,5 Millionen Euro. Das zeigt: Wir haben Kinder und Jugendliche im Blick und lassen Eltern nicht allein.



Familien fördern, Jugendliche unterstützen

Haushaltsschwerpunkt

Investitionen in die Zukunft

Wohnen darf kein Luxus sein: Wir setzen einen deutlichen Schwerpunkt auf die Schaffung von **bezahlbarem und barrierearmem Wohnraum**, innovative und klimaangepasste Stadtentwicklung sowie auf **klimaneutrales und ressourcenschonendes Bauen**. Die Programmmittel für den klimagerechten sozialen Wohnungsbau erhöhen wir auf **3,15 Milliarden Euro**.

Wir nehmen eine Milliarde Euro in die Hand, für ein neues Förderprogramm „**Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment - Wohngebäude mit kleinen bis mittleren Einheiten**“ (KNN). Damit fördern wir den klimafreundlichen Neubau von Wohnungen, reagieren auf die Krise im Baugewerbe und schaffen kleine Wohnungen für Alleinerziehende und Senior:innen, die oft die hohen Mietpreise in Ballungsgebieten nicht zahlen können. Das Programm ist für die nächsten zwei Jahre aufgesetzt. Die Mieten für diese Wohnungen sollen im unteren Drittel des Mietspiegels liegen.

Wir investieren weiter in die **Infrastruktur**: Der Ausbau von **Breitband und Mobilfunk** wird fortgesetzt. Außerdem stärken wir die Investitionen. Wir investieren so viel wie noch nie in unsere **klimafreundliche Verkehrsinfrastruktur**. Für die Ertüchtigung unseres Schienennetzes: Wir erhöhen das Eigenkapital der **Deutschen Bahn AG** bis 2027 um zusätzliche **12,8 Milliarden Euro**. Auch die notwendige Generalsanierung des Schienennetzes wird mit zusätzlichen Mitteln unterstützt.



Botschaft der Woche

Gegen Rassismus und Antisemitismus - für Vielfalt, Toleranz und Demokratie!

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland zeigt klare Kante gegen **rechtsextremistisches Gedankengut**. Sie alle machen deutlich, wofür unser Land steht: für **Vielfalt, Toleranz und Demokratie**. Im Osten, wie im Westen - überall sind Menschen auf den Straßen. Am 3. Februar werden wir wieder demonstrieren. Wir als **SPD-Fraktion** sind stolz und dankbar dafür. Gemeinsam mit allen **demokratischen Kräften** in unserem Land stellen wir uns **Hass und Hetze** entgegen.

Denn wir wissen, welche schrecklichen Folgen **Hass und Hetze** haben können. **Rassismus, Antisemitismus und völkische Ideologie** haben zum **Holocaust** geführt. Vor 79 Jahren - am 27. Januar 1945 - wurden die Überlebenden im **KZ Auschwitz**

befreit. Die dort und in den vielen anderen Konzentrationslagern stattgefundenene **industrielle Vernichtung von Menschen** ist ein historisch beispielloses Verbrechen gegen die **Menschlichkeit**.

Unser Land - das haben die vielen Menschen in den vergangenen Tagen gezeigt und zeigen es immer - steht zu seiner historischen Verantwortung. Wenn es darauf ankommt, verteidigen wir unsere Werte. **Antisemitismus, Rassismus, Menschenfeindlichkeit** und **Ausgrenzung** dürfen in unserer Gesellschaft nie wieder Platz finden. Es ist unsere **Verantwortung** und **Pflicht**, die **Würde aller Menschen** und unsere **freiheitliche Demokratie** gegen **Gewalt** und ihre Feinde zu schützen.



“Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet” erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter christos.pantazis@bundestag.de oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein

Dr. Christos "Kitto" Pantazis